



AfD-Fraktion im Kreistag Diepholz
Der Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrte Frau Lührs,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Meine Ausführungen gehen vielleicht über das Format eines Artikels hinaus. Ich möchte Ihnen aber einen nicht nur oberflächlichen Eindruck geben.

Die Gruppe „Menschlichkeit ist die einzige Alternative (MideA)“ scheitert an ihrem Anspruch bereits dadurch, daß sie sich ausgerechnet dann für besonders menschlich hält, wenn sie ihren Gegnern die Menschlichkeit abspricht. Das Ziel der Gruppe ist die Isolation der Alternative für Deutschland. Durch Diffamierung und Denunziation sollen zum einen potentielle Mitglieder abgeschreckt werden. Zum anderen soll auch Druck auf die anderen Kreistagsfraktionen aufgebaut werden, damit diese von einem sachlich orientierten Umgang abrücken und sich nach dem Willen der besonders menschlichen Aktivisten an einer vollständigen Isolation der AfD beteiligen.

Wir meinen: wer so handelt, legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie. Zur Demokratie gehört einerseits die Anerkennung demokratischer Wahlergebnisse. Zum anderen gehört zu einer repräsentativen Demokratie auch das Vertrauen in die gewählten Mandatsträger, welche selber zu Entscheidungen in der Lage sind, welchen Vorschlägen der jeweils anderen Gruppierungen sie folgen wollen oder auch nicht. Der „freundliche“ Druck einer „Avantgarde“ ist dazu nicht nötig.

Im demokratischen Entscheidungsprozess soll sich in freier Diskussion die am besten begründete Meinung durchsetzen. Gerade der sachliche Umgang miteinander in der Kommunalpolitik kann zu einer Entschärfung der in den vergangenen Jahren erfolgten massiven Polarisierung führen. Wir Mitglieder der AfD-Fraktion haben in allen Kreistagsfraktionen Menschen kennengelernt, die wir unabhängig von ihren bundespolitischen Positionen schätzen und die wertvolle Beiträge für unseren Kreis geben. Dies spiegeln wir in unsere Partei zurück und gehen davon aus, daß die anderen Parteien dies ebenso handhaben. Ein solcher fairer Umgang miteinander hält das Vertrauen in die Demokratie aufrecht.

Wer andere Akzente setzen will, kann sich sachlich an der öffentlichen Debatte beteiligen oder sich selber zur Wahl stellen. Wer dagegen mit Einschüchterung, Diffamierung oder Brandmarkung handelt, zerstört die Grundlagen der Demokratie.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel dafür geben, wie entfernt von MideA von unserem freiheitlichen Politikverständnis ist. Die Linkspartei denkt bundespolitisch in vielen Punkten sicher völlig anders als wir. Aber als die Linkspartei in der ersten Sitzung des neuen Kreistages fast alle in einer vorherigen Vereinbarung zugesagten Gremiensitze verloren hat, habe ich **deren** Verlust in einer Pressemitteilung vom 08.11.2016 bedauert:

Während AfD, FDP und FWG im Anschluss durch Neuabsprachen ein Ergebnis nahe der ursprünglichen Vereinbarungen erzielen konnten, hat insbesondere DIE LINKE mehrere zugesagte Gremiensitze einbüßt. Dies bedauerte Wiese ausdrücklich: „Ungeachtet der Differenzen in bundespolitischen Fragen sind wir der Meinung, dass jede gewählte Partei die Möglichkeit haben sollte, mit Sitz und Stimme in allen Ausschüssen vertreten zu sein“. Angesichts der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag sei die Ausgrenzung kleinerer Oppositionsfraktionen kein Gewinn für die Demokratie.

MideA will uns ausgrenzen. Wir dagegen wollen, daß jeder gewählte Abgeordnete im Kreistag seine Position vertreten kann und grade auch Minderheitspositionen geäußert werden können. Die Karten werden vielleicht bei der nächsten Wahl neu gemischt. Bis dahin wird aber an Wahlergebnissen nicht gerüttelt!

Zu Ihren Fragen:

Wird durch die AfD rechtes Gedankengut salonfähig?

Die Parteien der Bundesrepublik befinden sich in ihrer bislang größten Vertrauenskrise. Das hängt mit falscher Politik zusammen: Die friedenssichernde europäische Einigung steht nach dem Brexit vor einem Trümmerhaufen; auch weil man Kritiker lieber ausgegrenzt hat anstatt Kritik zum Anlaß für Reformen zu nehmen.

Die Bürger stellen fest, daß der Staat seine Grundaufgaben (Bildung, Infrastruktur, innere und äußere Sicherheit inklusive geschützter Grenzen) schlechter erfüllt aber dafür dem Bürger stärker in sein Privatleben hineinregieren möchte. Die öffentliche Debatte ist zusehends vergiftet statt in konstruktivem Streit neue Lösungen zu suchen.

Wir können froh sein, daß in dieser Zeit eine demokratische Alternative die besorgten Bürger einbindet und ihnen so eine echte Veränderung innerhalb der Demokratie ermöglicht. Wäre dies nicht der Fall, würde die wahrgenommene Ohnmacht irgendwann zur Radikalisierung und zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Demokratie führen. Wer besorgte Bürger ignoriert oder gar ausgrenzt und beschimpft, macht extremistisches Gedankengut salonfähig.

Ist es korrekt, dass die AfD für einen gleichen Steuersatz für alle plädiert? Und werden finanziell besser gestellte Menschen durch ihre Politik bevorteilt?

Nein. Das Ziel der AfD ist eine Entlastung der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Dazu soll ein Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einem deutlich höheren Grundfreibetrag eingeführt werden. Versteckte schleichende Steuererhöhungen durch die sogenannte kalte Progression werden durch eine Indexierung des Grundfreibetrages, der Steuerstufen sowie der abzugsfähigen Pauschalen unterbunden.

Wir erinnern zudem daran, daß grade die kleinen und mittleren Einkommen von den Maßnahmen zur finanziellen Repression im Rahmen der von uns kritisierten Euro-Dauerrettung besonders betroffen sind. Die Altersvorsorge vieler Bürger ist bereits arg zusammengeschrumpft sein und wird weiter durch neue Ideen zur Besteuerung ins Visier genommen. Nur wer sehr vermögend ist, kann dem durch internationale Streuung und exklusive Anlageformen ausweichen. Dem stellen wir uns entgegen.

Wie stehen Sie der scheinbar wachsenden Kritik an ihrer Partei gegenüber?

Als junge aufstrebende Partei nehmen wir gerne konstruktive Kritik auf. Wir sind uns bewußt, daß wir permanent an uns arbeiten müssen, um dem Vertrauen des Wählers gerecht zu werden.

Wir beobachten aber auch ein Bashing unserer Partei, welches mit realen Positionen nichts mehr zu tun hat. Ein Beispiel: Mir persönlich wurde in einem Leserbrief von der Vorsitzenden des Kreisbehindertenbeirates vorgeworfen, Menschen mit Behinderung nicht als gleichberechtigte freie Bürger anzuerkennen. Treppenwitz bei der Geschichte: Ich bin (meines Wissens) der einzige schwerbehinderte Fraktionsvorsitzende im Kreistag. Erkannt wurde ich bei der ersten persönlich Begegnung trotz offenbar vorhandener tiefster Kenntnisse über meine innere Einstellung bis zu meiner Vorstellung nicht. Aber, ich war nicht bei MideA: Im Rahmen der Sitzung dieses Gremiums hatte ich Gelegenheit zu einigen persönlichen Anmerkungen in dieser Sache und am Ende war der Ton gegenseitig sehr viel versöhnlicher. So entsteht die Grundlage für einen echten Dialog.

Mit freundlichem Gruß

Harald Wiese